



Landesverbandstag

- ◆ Workshop: Zukunft der Familienpolitik
- ◆ Ute Lösch im Gespräch
- ◆ Diskussionen

Hartz IV-Debatte

- ◆ BVG-Urteil
- ◆ Jürgen Borchert

Aktuelles

- ◆ Kein Strom für Kinder
- ◆ Neue Ministerin Frau Marion Schick





Editorial

*Liebe Verbandsfamilien und Mitglieder,
geschätzte Förderer und Sponsoren,*

normalerweise erhalten Sie zum Jahresanfang in Ihrer Post eine Menge Rechnungen und Zahlungsaufforderungen oder Mitteilungen zu Abbuchungen – darunter auch diejenigen des DFV und seiner Gliederungen vor Ort.



Heute möchte ich mich im Namen des Landesvorstandes ganz herzlich bei Ihnen bedanken und Ihnen ein persönliches Dankeschön für Ihren Beitrag sagen, denn ohne Sie wäre auch dieses Familienmagazin nicht in Ihre Hände gelangt und der DFV könnte ohne Ihre verlässliche Unterstützung nicht arbeiten.

*Vielen Dank für Ihre Treue und Ihre
solidarische Mitwirkung innerhalb unseres
Verbandes über das ganze Jahr hinweg.*

Bei allem Engagement ergeben sich immer wieder Fragen, Anregungen oder auch Kritik an der Arbeit unseres ehrenamtlich tätigen Verbandes; um sich über alle Fragen zu einer zukunftsorientierten Organisationsform und einer Familienpolitik in Baden-Württemberg zu informieren, sich auszutauschen und sich neu zu positionieren, wollen wir den diesjährigen Landesverbandstag mit einem umfangreichen und moderierten Gedankenaustausch (Workshop) so gestalten, dass jedes Mitglied und jede Mitgliedsfamilie in entspannter Atmosphäre an einem ganzen Tag zu Wort kommen und seine Anregungen darlegen kann.

Dazu lade ich Sie alle für Samstag, 24. April herzlich nach Neustadt/Schwarzwald ein, mit uns im Kreis familienengagierter Menschen zu diskutieren und sich für eine moderne Familienpolitik einzubringen.

In dieser Ausgabe finden Sie auch einige Beiträge aus den Kreis- und Ortsverbänden, die Sie bei Ihrem weiteren Engagement im DFV oder zum Austausch mit den jeweiligen Organisatoren anregen mögen.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre und wir freuen uns auf Ihre künftigen Beiträge bei unserem nächsten Wiedersehen im Schwarzwald

Ihr

Uto R. Bonde

Landesverbandstag 2010

Liebe Verbandsfamilien,
 unser Land steht vor gewaltigen Herausforderungen, die ohne eine gerechte Bewältigung unsere Zukunftsfähigkeit beeinträchtigen werden. Familien und ihre Lebenssituation sind bereits heute schon täglich ganz massiv davon betroffen. Für den DFV ist dies seit Jahrzehnten das ständige Anliegen, den Blick der politischen Öffentlichkeit für seine Lösungsvorschläge zu erreichen.

Für die Zukunft der Familien Familien brauchen den DFV + eine starke Politik!

In einem Workshop werden die DFV Delegierten und die Verantwortlichen der örtlichen Ebene (Ortsverband) bis zur Landesebene (Landesvorstand) sich gemeinsam damit beschäftigen, mit welchen Strategien sich der Deutsche Familienverband im Lande aktiv in die Familienpolitik „einklinkt“.

Eine gelebter Solidarpakt für Familien braucht engagierte Menschen, die sich für Staat und Gesellschaft, Sozialsystem und Kultur, sowie Politik auch innerhalb unseres Familienverbandes einsetzen.

Mit welchen Strategien wir dies gemeinsam erreichen, erarbeiten wir uns in einem moderierten Rahmen bei einem:

**Workshop am Samstag, 24. April im Hotel Jägerhaus,
 in Titisee- NEUSTADT/ Schwarzwald
 von 10 Uhr bis 17.30 Uhr**

Dazu laden wir alle Mitgliedsfamilien zur aktiven Mitwirkung ein!

Wir bieten interessierten Familien an, sich daran aktiv zu beteiligen – bitte melden Sie sich bei der Landesgeschäftsstelle bis spätestens 10. April schriftlich oder per mail: post@dfv-familie-bw.de an.

Tagesordnung

Samstag, 24. April 2010

9.30 Uhr	Beginn, Eingangsmoderation und Einführung, Einteilung in Arbeitsgruppen
16.00 Uhr	Präsentation der Arbeitsergebnisse
17.30 Uhr	Moderierte Diskussion zu einem Eckpunktepapier : „Zukunftsorientierte Aufstellung einer Familienpolitik in Baden-Württemberg“ <ul style="list-style-type: none"> • Uto R. Bonde, Vorstandsmitglied Landesfamilienrat BW • Siegfried Stresing, Ex-Geschäftsführer Landesfamilienrat BW • Georg Zimmermann, Vorstandsmitglied Landesfamilienrat BW und Geschäftsführer Familienbund Erzdiözese Frbg
19.30 Uhr	Nachhaltigkeit in der Natur – Der Wald, eine andere Lebensgemeinschaft Ein Fachmann erläutert bei einer Exkursion forstwirtschaftliche Entwicklungen
21.30 Uhr	Rückkehr und Übernachtung

Sonntag, 25. April 2010

9.00 Uhr	Feedback zu den Arbeitsergebnissen, Formulierungen zum „Eckpunktepapier“ Ausblick auf weitere Umsetzung im DFV-Aktionsplan
Ca. 9.30 Uhr - (nicht öffentlich) -	Delegiertenversammlung Berichte: Bundesgeschäftsführer Siegfried STRESING (Berlin), Landesvorsitzender, Landesschatzmeisterin, FHW, Kassenprüfer, Aussprache zu Berichten, Entlastung des Vorstandes, Nachwahl (stv. Vorstandsvorsitzende/r und stv. Schiedsausschuss), Anträge
Ca. 11.00 Uhr - Öffentlich -	Landespolitische Umsetzung mit den Fraktionen (1. Kontaktgespräch) „Wie arbeitet der Familienverband in Zukunft mit der Politik“ <ul style="list-style-type: none"> • Brigitte Lösch (MdL), Vorsitzende des Sozialausschusses, Landestag von Ba-Wü
14.00 Uhr	Abschlussforum
15.00 Uhr	Abreise



Familienpolitik mit Zukunftsperspektive

Veränderte Lebenssituationen von Familien realisieren – neuen Herausforderungen gerecht werden

Von Brigitte Lösch

Familienpolitik in Baden-Württemberg muss sich an den Lebenswirklichkeiten von Familien orientieren und Rahmenbedingungen dafür schaffen, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie vorbehaltlos zu ermöglichen. Frauen und Männer verteilen die Rollen innerhalb der Familien neu und brauchen dabei Unterstützung und Bestätigung.



Geschlechtergerechtigkeit ist ein zentrales Element grüner Familienpolitik. Dabei ist die Wertschätzung aller Familienformen selbstverständlich, denn sie alle bilden gleichermaßen wichtige Orte von Solidarität, Fürsorge und Miteinander. Heutzutage besteht eine Vielfalt von Familienformen, aber auch eine unterschiedliche ökonomische Situation von Familien. Es gibt Familienphasen und Lebensformen, die mit einer überdurchschnittlich hohen Armutsgefährdung behaftet sind (z.B. alleinerziehende Mütter und Väter, Familien mit mehreren Kindern und Familien mit Migrationshintergrund). Familienpolitische Maßnahmen müssen unterschiedliche Lebensphasen zielgenau unterstützen. Dabei stehen strukturelle Maßnahmen zur quantitativen und qualitativen Verbesserung von Betreuungssituationen im Vordergrund. Das Land muss sich stärker an den Betriebskosten beteiligen um den geplanten Ausbau und der Verbesserung der Qualität in der Kleinkindbetreuung voranzutreiben.

Die Kindertageseinrichtung darf keine Kinderschule werden, mit dem Ziel schulreife Kinder heran zu ziehen. Sie muss eine eigenständige pädagogische Bildungseinrichtung bleiben, die sich um Betreuung, Erziehung und Bildung von Kindern kümmert. Wir benötigen nicht viele Einzelprojekte (Schulreifes Kind, Bildungshaus etc.), sondern ein stimmiges

Konzept in der frühkindlichen Bildung. Die Chancengleichheit für Kinder mit Migrationshintergrund gleicht in Baden-Württemberg einer riesigen Baustelle: Benachteiligung im Bildungssystem, Defizite in der Sprachförderung, fehlende Vorbilder. Ein entscheidender Schritt wird es sein, im frühkindlichen Bereich Sprachförderung im Alltag der Kinderbetreuungsangebote flächendeckend zu integrieren und im Bildungssystem auf individuelle Förderung zu setzen. Um familiäre Krisen zu erkennen und zu vermeiden, sind die bestehenden Beratungs- und Unterstützungsangebote besser zu vernetzen und abzusichern. Die flächendeckende Einführung von Familienzentren dient zur Stärkung der Elternkompetenz und zur Vermeidung von Vernachlässigung und Misshandlung. Es müssen alle Maßnahmen gefördert werden, die die ökonomische aber auch die zeitliche Situation von Familien verbessern. Dabei stehen Strukturangebote vor Transferleistungen.

Im Mittelpunkt der GRÜNEN Politik steht die kinderfreundliche Gestaltung der Lebensumfelder der Familien in Baden-Württemberg. Dazu gehört ein neues Rollenverständnis von Vätern und Müttern und familienunterstützenden Maßnahmen in Bildung, Betreuung, Beratung und Beteiligung.



Brigitte Lösch (MdL + Mitglied des DFV)

Pressemitteilungen des DFV

Zum Wachstumsbeschleunigungsgesetz:

Familien erhalten nur spärliche Entlastung

(Freiburg) Der Deutsche Familienverband Baden-Württemberg kritisiert beim neuen Wachstumsbeschleunigungsgesetz die zu geringe Entlastung der Familien und die Nichteinhaltung von Zusagen aus den Wahlkämpfen 2005 der Regierungsparteien. „Nach langer Debatte und bereits nachgewiesenen Nachholbedarfes sind die Familien wieder nur in zweiter Linie im steuerlichen Fokus“, reklamiert der DFV Baden-Württemberg. Das Volumen dieser Entlastung ist nicht mit der Abwrackprämie für alte Autos vergleichbar. „Leider fällt die Anhebung des Kinderfreibetrages auf jährlich 7.008 € und die damit verrechnete Anhebung des Kindergeldes um je 20 € pro Monat geringer aus als bereits in zwei Wahlkämpfen versprochen wurde. Der DFV wird sich weiterhin und mit Nachdruck für eine Anhebung des Freibetrages auf die realistische und längst zugesagte Höhe von 8.004 € einsetzen“, so Uto R. Bonde vom DFV Baden-Württemberg.

Bei der Anhebung des Freibetrages und des Kindergeldes handelt es sich keinesfalls nur um „Wünschenswertes“, wie Ministerpräsident Oettinger im Bundesrat feststellte. Oettinger trat vehement für die Entlastung des Beherbergungsgewerbes ein. Er vertrat die Auffassung, dass die Entlastung durch den niedrigeren Mehrwertsteuersatz zwar nicht bei den Gästen ankäme, zeigte sich aber zuversichtlich, dass diese in Investitionen fließen würde. Sicherlich ist ihm entgangen, dass das baden-württembergische Hotelgewerbe größtenteils heutigen Standards entspricht und eine solche Modernisierungsspritze keine signifikante Signalwirkung haben wird.

Die Zusammenfassung von Steuergeschenken und familienpolitisch gerechtere Besteuerung von Familien im Gesamtpaket des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes erlaubt leider solche politische Kunstgriffe. Der DFV erinnert daran, dass die Regierungspartei bereits im Bundestagswahlkampf 2005 den Familien eine Anhebung des Kinderfreibetrages auf 8.004 € versprochen hatte – auf die Einlösung dieses Wahlversprechens warten die Familien nun auch 2010 vergebens. Dieses Verhalten fördert eher die Politikverdrossenheit.

Es ist absolut unverständlich, dass mit demselben Gesetz die Mehrwertsteuer zwar für Beherbergungsleistungen im Hotel- und Gaststättenbereich reduziert wird, eine ähnliche, vom DFV seit langem

geforderte Steuersenkung bei Gegenständen des kindlichen Bedarfs (z. B. Babywindeln, Kinderbekleidung, Kindersitze), überhaupt nicht diskutiert wurde.

Leer ausgegangen sind diesmal Familien, die auf Hartz IV angewiesen sind. Je nach dem Ergebnis des derzeit beim Bundesverfassungsgericht laufenden Verfahrens müssen wohl bald wieder die Regelsätze für Kinder angehoben werden. Nach Ansicht mancher Fachleute sei das bereits im Sommer geschnürte Schulbedarfspaket in Höhe von jährlich 100 Euro ebenso wenig bedarfsangemessen wie die damals vorgenommene Erhöhung der Regelsätze, um – je nach Alter des Kindes – monatlich 4 bis 40 Euro – der DFV erwartet hierzu eine Nachbesserung.

Zum Rücktritt der Landeselternbeiratsvorsitzenden, *Christiane Staab*

Eltern fordern zukunftsorientierte Bildungspolitik

Schule darf kein perspektivloses Experimentierfeld sein *(Freiburg) Als ein verständliches Protestsignal sieht der DFV Baden-Württemberg den Rücktritt der Landeselternbeiratsvorsitzenden, Christiane Staab aus Karlsruhe.*

Wer über viele Jahre die Interessen der 1,6 Millionen Schülerinnen und Schüler und deren Eltern so engagiert vertreten hat und sich nun aus Frust über das politische Gegenüber gezwungen sieht, dieses wichtige Ehrenamt aufzugeben, verdeutlicht mit diesem Schritt, dass die Bildungspolitik im Lande nicht mehr die Lebenswirklichkeit von Kindern und Eltern zu kennen scheint.

Über viele Jahre wurde auf allen Ebenen von Eltern- und Familienverbänden, mit Unterstützung von erfahrenen pädagogischen Fachkräften, versucht die politischen Entscheidungen zugunsten einer zukunftsfähigen Schullandschaft zu verändern. Viele gute Beispiele sind im Kleinklein der Parteipolitik und an der mangelnden Entscheidungskraft des Fachministeriums zum Scheitern verurteilt worden.

Der Unmut der Eltern formiert sich und viele sind frustriert, weil ihren wertvollen Anregungen mit einem Wust von Statistiken und falschen Darstellungen begegnet worden ist. PISA wird in Baden-Württemberg als das entscheidende Credo der Bildungspolitik erhoben. Die erlebbare Schulwirklichkeit wird aber von den Betroffenen ganz anders

Fortsetzung auf Seite 9



Kommentare zur Hartz-IV-Debatte

Zum Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 9. Februar 2010

BVG fordert ein familiengerechtes Existenzminimum

Mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts (BVG) wurde die Bedeutung einer neuen Bemessung des menschenwürdigen Existenzminimums weit über Regelsätze hinaus fixiert.

Der Deutsche Familienverband sieht Konsequenzen für den Kinderfreibetrag und das Kindergeld, weil diese auf Grundlage des Regelsatzes festgelegt wurden. Feststeht, dass jedes Kind als Grundrechtsträger einen individuellen Bedarf zur Sicherung eines menschenwürdigen Daseins hat, der nicht nach Kassenlage heruntergerechnet werden darf. Mit diesem Grundsatzurteil verpflichtet das höchste Gericht den Bundesgesetzgeber nicht nur bei Hartz IV zum Handeln auf, sondern stellt die ganze Familienbesteuerung auf den Prüfstand.

Wenn die Höhe des soziokulturellen Existenzminimums nicht stimmt, erhalten nicht nur bedürftige Familien zuwenig Geld, sondern auch allen anderen Familien nimmt der Staat per Steuer zuviel Geld weg. Die Verfassungsrichter haben klargestellt, dass die bisherige Festlegung des Existenzminimums von Kindern gleich doppelt falsch sei:

Weil sie nur auf einer politisch gegriffenen Ableitung des Erwachsenenregelsatzes in Hartz IV basierten und weil der Regelsatz in Gänze verfassungswidrig festgelegt sei – inklusive der Kürzung von ganzen Ausgabenpositionen „ins Blaue hinein“.

Völlig unberücksichtigt blieben bisher neben den Ausgaben für wachstumsbedingt höheren Bekleidungsbedarf auch Ausgaben für die kulturelle Teilhabe und bei der Bildung, die notwendigen Aufwendungen für Schulbücher, Schulhefte oder Taschenrechner – ein Armutszeugnis für eine Bildungsrepublik.

„Wir erwarten jetzt von der Bundesregierung, dass die Flickschusterei beim Existenzminimum von Kindern beendet und im Steuer- und Sozialrecht endlich realitätsgerechte, transparente, nachvollziehbare und familiengerechte Regelungen für alle Familien geschaffen werden“, fordert der DFV.

Der Staat ist zu faul, die eigenen Fehler zu korrigieren

Von Jürgen Borchert

Die gegenwärtige Hartz-IV-Debatte entzündet sich an der Höhe der Leistungen und sieht „perverse Anreize“ zur Faulheit: Für Alleinerziehende und vierköpfige Familien lohne sich unter diesen Umständen die Erwerbsarbeit nicht mehr. Auf einen genauen Befund wird verzichtet. Der würde zeigen, dass es sich genau umgekehrt verhält: Nicht die Sozialleistungen sind zu hoch, sondern die Nettolöhne der aktiven Arbeitnehmer sind zu niedrig. Zum einen ist die Sozialversicherung falsch konstruiert und zum anderen das Steuersystem ungerecht. Hierunter leiden besonders Familien. Das Bundesverfassungsgericht fordert seit langem Abhilfe. Der Gesetzgeber aber weigert sich, die verfassungswidrigen Fehlverteilungen zu korrigieren.

Die Altenversorgung ist sozialisiert, die Kindererziehung dagegen privatisiert.

Der Skandal wird am Normalfall einer vierköpfigen Facharbeiterfamilie mit einem jährlichen Durchschnittsverdienst von 30000 Euro brutto sichtbar. Ihr Nettoeinkommen – einschließlich Kindergeld – unterschreitet das steuerliche Existenzminimum um 3271 Euro. Der Abgabenkeil wird vor allem von der „lohn-basierten“ Sozialversicherung zwischen Brutto und Netto getrieben. Allein an Arbeitnehmerbeiträgen verlangt „Vater Staat“ von dieser Normalfamilie 6068 Euro, die „Arbeitgeberbeiträge“ in fast gleicher Höhe kommen noch hinzu. Einschließlich des „Arbeitgeberbeitrags“, der bei genauer Betrachtung zu hundert Prozent vorenthaltener Lohn ist, nimmt der Staat also von 36000 Euro brutto glatt ein Drittel weg. Das sind nur 68 Euro weniger, als dem Single abgezogen werden, für dessen Alters-, Gesundheits- und Pflegeversicherung aber während der gesamten Dauer seines Ruhestands „andrer Leute Kinder“ aufkommen.

Die Altenversorgung ist sozialisiert, die Kindererziehung dagegen privatisiert. So zwingt das Sozialsystem Eltern dazu, zugunsten ihrer kinderlosen Jahrgangsteilnehmer „positive externe Effekte“ zu erzeugen. Die Wissenschaft nennt dies die „Transferausbeutung der Familie“. Sie ist in Deutschland weit größer als sonst auf der Welt. Im „Trümmerfrauenurteil“ von 1992 und im „Pflegeurteil“ von 2001 hat sich das Bundesverfassungsgericht mit diesen Verteilungsverhältnissen befasst und dem Gesetzgeber die Korrektur der Verfassungswidrigkeiten in der Renten- und Pflegeversicherung auferlegt. Die Kindererziehung sei in allen Verteilungssystemen zwischen den

Generationen nicht weniger wert als Geldbeiträge und entsprechend zu berücksichtigen. Der Gesetzgeber hat aber erst 2005 und sehr zaghaft reagiert, indem er nur in der Pflegeversicherung den Beitragssatz für Kinderlose um 0,25 Prozentpunkte anhob.

Der Auftrag des Verfassungsgerichts wurde so unterlaufen. Hätte der Gesetzgeber zumindest das Existenzminimum vom Bemessungsentgelt der Sozialbeiträge (das sind zweimal 7008 Euro) abgezogen, hätten Familien je Kind im Monat rund 200 Euro mehr in der Tasche.

Hinzu kommt, dass der Staat durch die Verbrauchssteuern bei den Familien besonders abkassiert, denn Familien verbrauchen im Vergleich zu Singles bei gleichem Einkommen ein Mehrfaches. Für das auf 7000 Euro bezifferte Kinderexistenzminimum belaufen sich die vielen indirekten Steuern auf eine Quote von 20 bis 25 Prozent. Ausgerechnet die wichtigste „Zukunftsinvestition Kind“ wird als einzige Investition also monatlich mit mind. 120 Euro Verbrauchssteuern belastet. Das Schreckgespenst der scheinbar zu hohen Hartz-IV-Leistungen entpuppt sich somit als die verfassungswidrig hohe Abgabenlast für Familien.

Kein anderes Land verteilt seine öffentlichen Lasten so ungerecht wie wir. Sozialbeiträge und Verbrauchssteuern wirken „regressiv“; sie belasten niedrige Einkommen stärker als höhere. Zusammen gerechnet machen sie mehr als 70 Prozent der gesamten Staatseinnahmen aus. Das ist Weltrekord! Damit steht die Abgabengerechtigkeit kopf, und hieraus folgt auch die asymmetrische Verteilung der

Kaufkraft, die wiederum die entscheidende Ursache für das Kardinalproblem der deutschen Wirtschaft ist: ihre Nachfrageschwäche.

Der norwegische Wirtschaftsnobelpreisträger Trygve Haavelmø hat schon in den Jahren nach 1940 nachgewiesen, dass die Kraftreserven einer Volkswirtschaft immer im untersten Drittel ihrer Einkommen liegen. Genau diese Schichten werden durch ein solches Abgabensystem aber ausgeplündert. Vor allem die Entfesselung der Leiharbeit und die Aufhebung der Zumutbarkeitsregeln für Arbeitssuchende haben eine Lohnspirale nach unten in Schwung versetzt, welche die Ungleichgewichte stetig verschärft. Das Normalarbeitsverhältnis ist auf dem Rückzug, und die Kluft zwischen den Löhnen Vollzeitbeschäftigter mit niedrigen und mittleren Einkommen in Deutschland wird immer größer. Im Vergleich mit zwanzig OECD-Ländern ist der Rückgang der Vollzeiteinkommen in der mittleren Schicht hier am stärksten. Reallohnrückgang und vermindertes Wirtschaftswachstum gehen so Hand in Hand.

Nicht die Arbeitssuchenden sind also faul, sondern der Staat, der seine in Paragraph 1 des Sozialgesetzbuches III im Einzelnen normierte Verantwortung für den Arbeitsmarkt nicht wahrnimmt. Den Millionen Arbeitssuchenden zu unterstellen, sie wären freiwillig arbeitslos, ist der Versuch, Opfer zu Tätern zu machen.

Der Verfasser ist Vorsitzender des 6. Senats des Hessischen Landessozialgerichts und DFV-Mitglied.

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 09.02.2010

Familie im Wandel - zwischen Stabilität und Veränderung

Erste Anhörung in Stuttgart im Landtag

Am Freitag, 16. April 2010 von 16 – 19 Uhr

Referenten

- Barbara THIESSEN (Professur Gender und Soziale Arbeit, Hochschule Landshut)
- Norbert SCHNEIDER (Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung)

An der Podiumsdiskussion nehmen teil:

- der Landesfamilienrat Baden- Württemberg
- der Landesfrauenrat Baden- Württemberg
- die Familienforschung Baden- Württemberg
- Ekin DELIGÖZ (MdB), Bundestagsfraktion B 90/ GRÜNE
- Siegfried STRESING (Bundesgeschäftsführer Deutscher Familienverband/ Berlin)

Moderation:

- Brigitte LÖSCH (MdB), die sozialpolitische Sprecherin Fraktion der Grünen im Landtag Baden- Württemberg



Kindererziehung erhöht die Rente

(drv-bw) Die Familie und den Beruf unter einen Hut zu bringen ist nicht immer einfach. Wenn ein Kind geboren wird, kann häufig ein Elternteil nur noch eingeschränkt arbeiten oder nimmt eine Auszeit, um sich ganz der Kindererziehung zu widmen. Dafür gibt es einen Ausgleich für die spätere Rente. Darauf weist die Deutsche Rentenversicherung Baden-Württemberg hin.

Für jedes ab 1992 geborene Kind werden drei Jahre Kindererziehung angerechnet, für Geburten davor ein Jahr. Diese Kindererziehungszeit gilt wie eine Beschäftigung als Pflichtbeitrag und erhöht die spätere Rente. Pro Kindererziehungsjahr ergibt das zur Zeit rund 27 Euro Rente. Für die Erziehung jedes ab 1992 geborenen Kindes werden also rund 81 Euro - drei Jahre je 27 Euro - gutgeschrieben. Bei gleichzeitiger Erziehung mehrerer Kinder addieren sich die Zeiten und Beträge.



Die Kindererziehungszeit wird im Rentenkonto des Elternteils gespeichert, der das Kind erzogen hat. Erziehen Mutter und Vater das Kind gemeinsam, erhält grundsätzlich die Mutter die Zeit. Soll der Vater die Kindererziehungszeit erhalten, müssen die Eltern für die Zukunft eine gemeinsame Erklärung bei der Rentenversicherung abgeben. Diese kann rückwirkend höchstens für zwei Monate gelten. Dies ist insbesondere zu raten, wenn der Vater Elternzeitmonate in Anspruch nimmt. Wer während der Erziehung des Kindes arbeitet, profitiert trotzdem von den Kindererziehungszeiten. Neben den Beiträgen aus der Beschäftigung werden zusätzlich die Zeiten der Kindererziehung für die spätere Rente gutgeschrieben. Dabei darf jedoch nicht die Beitragsbemessungsgrenze der gesetzlichen Rentenversicherung in Höhe von derzeit jährlich 66.000 Euro überschritten werden.

Neben Kindererziehungszeit gibt es noch die Kinderberücksichtigungszeit. Sie beträgt ab der Geburt des Kindes maximal zehn Jahre und steigert zwar nicht direkt die Rentenhöhe, hilft aber verschiedene Rentenansprüche zu erfüllen. So zählt sie beispielsweise zu den 35 Versicherungsjahren, die derjenige benötigt, der eine Altersrente für langjährig Versicherte bekommen möchte. Auch ein einmal erworbener Versicherungsschutz für eine Erwerbsminderungsrente bleibt während der Kinderberücksichtigungszeit bestehen.

Mehr Informationen zu den Kindererziehungs- und Berücksichtigungszeiten enthalten die Broschüren der Deutschen Rentenversicherung »Kindererziehung: Ihr Plus für die Rente« und »Vorteile für Frauen - Infos für sie«.

Diese können telefonisch unter der Nummer 0721 825 23888 oder per E-Mail (presse@drv-bw.de) angefordert und im Internet unter www.deutscherentenversicherung-bw.de heruntergeladen werden.

Deutschen Rentenversicherung BW v. 28.01.2010



Seminare für werdende aber auch für gestandene Eltern. Geburtsvorbereitung, PEKiP-Gruppen, Spielgruppen, musikalische Förderung, Erziehungswshops, etc. – alles was Eltern wissen und können müssen.

Fordern Sie unser kostenloses Programm an!

Eltern werden – Eltern sein e.V.
Rennerstr. 4, 79106 Freiburg
Tel.: 0761 - 28 99 55
www.elternwerden-elternsein.de

Für Eltern ist ZEIT wichtig

(Freiburg) Mit seinem Motto: „Familien brauchen ZUKUNFT, ZEIT und ZASTER“ hat der DFV Landesverbandstag 2008 in Kirchheim/Teck bereits die Priorität für Familien ermittelt, die jetzt die repräsentative Studie "Ravensburger Elternsurvey" 2010 so formulierte: Gemeinsame Zeit für die Familie ist den meisten jungen Eltern in Deutschland wichtiger als Geld.

Die Ravensburger-Studie bestätigt die Forderung des DFV von 2008 nach einer verlässlichen Familienbildung als unterstützendes Angebot für Familien mit Kindern. Trotz aller Notwendigkeit wird dieses Angebot von vielen Kommunen und dem Land unter dem Diktat der leeren Kassen nachrangig behandelt oder vernachlässigt; was Eltern zu hohen zusätzlichen Ausgaben nötigt, die nicht von der Kindergeld-erhöhung aufgefangen werden.

Die Erhebung, bei der 2000 Mütter und Väter befragt wurden, zeigte auf, dass für Eltern von kleinen Kindern eine noch bessere Vereinbarkeit von Familie und Arbeit in Form verschiedener Teilzeitmodelle wichtig ist. Männer wie Frauen wollen vor und nach der heißen Kinderphase ökonomisch selbstständig sein. Sie wünschen sich ein dynamisches Modell, das auch nach einer Kinderauszeit ein berufliches Weiterkommen ermöglicht.

Die Vorstellungen der jungen Eltern haben sich in Sachen Vereinbarkeit von Beruf und Familie und auch beim partnerschaftlichen Umgang mit Finanzen und gemeinsamer Zeit mit den Kindern im Vergleich zur eigenen Elterngeneration stark verändert.

Die ersten drei Jahre zu Hause

Andere Einstellungen sind überraschend traditionell geblieben: So glauben 40 Prozent der Mütter und Väter mit Kindern unter drei Jahren, dass die Mutter in dieser Zeit zu Hause bleibe solle. Eltern von Kindergartenkindern befürworten das nur noch zu 8 beziehungsweise 10 Prozent. Wichtig ist Unterstützung bei Kinderbetreuung.

"Zunächst mag es erstaunen, dass junge Eltern so eindeutig meinen, die Mutter solle zugunsten der Fürsorge ihre Berufstätigkeit einschränken. Dies ist aber durchaus eine rationale Entscheidung. Denn junge Frauen verdienen in Deutschland öfter als im europäischen Durchschnitt erheblich weniger als junge Männer", ermittelt Hans Bertram (Humboldt-Universität Berlin), der die Studie zusammen mit Katharina Spieß vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) ausgewertet hat.



Zurück in den Beruf

Spätestens, wenn das Kind in der Schule ist, möchten die meisten Mütter wieder zurück in den Beruf – 10 Prozent als Vollzeit-, 60 Prozent als Teilzeitkraft. Um als Familie zufrieden zu sein, ist für die meisten Eltern flexibles Zeitmanagement am wichtigsten, gefolgt von verbesserten Infrastrukturen zur Kinderbetreuung und schließlich auch mehr Geldleistungen.

Netzwerke gefordert

Alleinerziehende brauchen vor allem mehr Unterstützung bei der Kinderbetreuung. Im Familienalltag spielen zudem soziale Netzwerke und dabei vor allem Großeltern eine wichtige Rolle – sie ergänzen die Betreuung im Krankheitsfalle, nach Kindergarten, Schule oder in den Schulferien.

Fortsetzung von Seite 5

wahrgenommen – die öffentlichen Proteste der letzten Wochen und Monate sprechen eine klare Sprache: Die Mehrheitsfraktion im Landtag muss endlich aufhören, die Eltern und Familien zu überhören, wenn es um das wertvolle Zukunftspotential KINDER und FAMILIE im Lande handelt.

„Wir sprechen nicht nur unsere Hochachtung für das Wirken der LEB-Vorsitzenden Christiane Staab aus, sondern sind dankbar für ihren selbstlosen Einsatz“, betont der DFV-Landesvorsitzende Uto R. Bonde .

Die Familien fordern den Kultusminister und die Mehrheitsfraktion im Landtag auf, sich für eine zukunftsorientierte Bildungspolitik einzusetzen und den Eltern und ihren Organisationen als fachkundige politische Vertretungen konstruktiv zu begegnen.



Eine Genossenschaftsbank engagiert sich

Anzeige

Ehrenamtliches Engagement von Mitarbeitern wird honoriert. Volksbank Freiburg spendet 6.500 Euro für ehrenamtliche Tätigkeiten ihrer Mitarbeiter

Freiburg. Das persönliche Engagement für Andere und das Gemeinwohl wird bei den Mitarbeitern der Volksbank Freiburg groß geschrieben. Um dieses Engagement zu fördern, rief die Volksbank Freiburg die Aktion „Volksbank-Mitarbeiter engagieren sich“ ins Leben. Im Rahmen dieser neuen Förderaktion konnten sich Mitarbeiter der Volksbank, die sich ehrenamtlich engagieren, für ihre Vereine oder Organisationen um eine Spende bewerben. Das Spektrum der Bewerbungen reichte von der Freiwilligen

Engagements der Mitarbeiter wird diese Aktion auch in diesem Jahr bei der Volksbank Freiburg wiederholt werden.

Die Volksbank Freiburg ist mit 458 Mitarbeitern, 140.000 Kunden – davon 40.000 Mitglieder – und einer Bilanzsumme von über 2,4 Milliarden Euro die drittgrößte Volksbank in Baden. Beim betreuten Kundenvolumen belegt die Volksbank Freiburg Platz 1 in Baden.

Ausschließlicher Unternehmenszweck ist die Förderung der Mitglieder und damit im Besonderen des gewerblichen und privaten Mittelstandes. Mittelstand sind die kleineren und mittleren Unternehmen aus Gewerbe, Handwerk, Handel, und dem Bereich Dienstleistungen sowie die freien Berufe. Im privaten Bereich fallen Facharbeiter, Angestellte, Geschäftsführer, Beamte, aber auch der Pensionär und Rentner mit ihren Familien darunter.

Es gehört zu den Zielen der Volksbank Freiburg, das Bewusstsein sozialer Verantwortung zu leben – auf jeder Ebene des Hauses.

Für die Volksbank Freiburg sind diese Aktivitäten außerordentlich sinnvolle Möglichkeiten, ihrer gesellschaftlichen Verantwortung in der Region gerecht zu werden. Eine echte Hilfe zur Selbsthilfe, wie es Genossenschaften seit eh und je tun.



Bild (Quelle Volksbank) v.l.n.r.:

Markus Held (Feuerwehrverein Schönau), Gottfried Fleck (Rotes Kreuz March), Franz Schweizer (Spielvereinigung Ehrenstetten), Stefan Hirzler (Evangel. Kirchengemeinde Königschaffhausen), Manfred Herrmann (Trachtenkapelle St. Märgen), Armin Konrad (Musikverein Buchheim), Rüdiger Schön, Simone Klein (beide Sportschützenverein Sexau), Petra Rötteler (Akkordeonspielzug Umkirch), Carsten Wehrle (Sportverein St. Peter), Herbert Sobek (Spielvereinigung Buchenbach), Martin Asal (Sportverein Todtnau), Hermann Riestler (Musikverein Eisenbach), Bernd Scherer (Bürgerverein Zarten), Uwe Barth (Vorstandssprecher Volksbank Freiburg)

Feuerwehr, im Sport- oder Heimatverein bis hin zum Förderverein.

Insgesamt 13 Spendenschecks in Höhe von je 500 Euro konnte nun Vorstandssprecher Uwe Barth an Mitarbeiter übergeben. „Als Arbeitgeber bestärken wir unsere Mitarbeiter in ihrem Ehrenamt“, führte Uwe Barth bei der Spendenübergabe aus.

Ob Sportvereine, Musikvereine, soziale Einrichtungen bis hin zu gemeinnützigen Institutionen – sie alle leisten einen wichtigen Beitrag für die Gesellschaft, leben aber vor allem auch von ehrenamtlichem Engagement oder wie es heute neudeutsch heißt, corporate volunteering.

Aufgrund der positiven Resonanz und des vielfältigen



Aktuelles - Aktuelles - Aktuelles - Aktuelles

Neue Ministerin im Stuttgarter Schloß

Neue Ministerin für Kultus, Jugend und Sport wurde Marion Schick, 51-jährige alleinerziehende Mutter zweier Kinder - 14 und 18 Jahre, Diplomhandelslehrerin, Professorin an der Hochschule München, Beraterin der bayerischen Landesregierung in Schulangelegenheiten und Vorstandsmitglied der Fraunhofer-Gesellschaft in München.

Eiligen Reformforderungen schob Schick schon bei ihrer Vorstellung einen Riegel vor: "Schule ist kein Labor; wir werden Kontinuität haben. Die Schulpolitik des Landes ist bisher einzigartig in ihrer Effektivität, das gilt es fortzuführen. Die Diskussion um Strukturen, um Dreigliedrigkeit oder eine längere Grundschule, ist nicht zielführend. Mein Ziel ist der Dialog. Wir dürfen selbstbewusst sein hier in Baden-Württemberg über die Bildungspolitik, die gemacht wurde und die mit Kontinuität weiter gemacht wird", sagt sie.

STIMMEN ZUM DIENSTANTRITT

Ministerpräsident Mappus (CDU) hat hohe Erwartungen an die neue Ministerin. Er ist überzeugt, dass man "den Eltern Ängste nehmen kann, wenn man noch besser erklärt, was wir tun". Er schließt aus, dass in den nächsten Jahren im Bildungsbereich gespart wird. Im Gegenteil. Er will mehr machen bei der frühkindlichen Bildung. "Da müssen wir noch einen Zahn zulegen." Bei den Grundschulen heißt sein Motto: „Kurze Beine, kurze Wege.“ Soll heißen: Die Grundschulen am Ort will er erhalten, lange Busfahrten am Morgen und am Mittag möchte er vermeiden. Grundsätzlich aber will er beim Thema Bildung die Kommunikation verbessern und verteidigt deshalb die aktuelle, umstrittene Werbekampagne. "Wir müssen den Menschen generell besser erklären, warum wir Dinge so entscheiden, wie wir sie entscheiden. Vieles im Bildungssystem ist gut, zum Beispiel die Senkung des Klassenteilers, aber es wurde bisher schlecht verkauft. Das gilt auch für das heikle Thema Hauptschule. Der Umbau zu Werkrealschulen sei richtig, und doch müsse jedem klar sein: "Nicht alle Hauptschulen im Land können erhalten bleiben."

hoffen, dass sie als Mutter zweier Schulkinder bald auch aus dieser Ecke erfahren wird, wie es um die Schulen im Land bestellt ist, denn diese persönliche Erfahrung ist sicher hilfreich, um die Probleme realistisch einschätzen zu können. Hoffentlich liegt ihr auch das Zeitmanagement unserer Kinder am Herzen, ihre Persönlichkeits- und Charakterbildung, und nicht nur ein „wirtschaftlich sinnvolles“, sprich preisgünstiges Durchlaufen der Schulzeit, denn dabei bleiben, wie sich seit 6 Jahren zeigt, Kreativität, Muße und nicht zuletzt Freude am Lernen auf der Strecke.

Der Landeselternbeirat und die Lehrerverbände setzen große Hoffnungen auf offene Gespräche, auf Lehrerstellen, auf Nachbesserungen etwa bei der Werkrealschule, auf längeres gemeinsames Lernen, auf Festhalten am dreigliedrigen Schulsystem. SPD und Grüne hoffen, dass es nicht nur ein neues Gesicht, sondern eine andere Bildungspolitik gibt.

Der DFV Baden-Württemberg wünscht sich ein Kultusministerium, das durch Transparenz und Kooperation den Wert von Familie und deren grundrechtlicher erziehungs- und bildungsrechtlicher Rechtsposition wertschätzt und unterstützt. „Kultuspolitik ist für uns eine selbstbewusste, durchsetzungsfähige und vor allen Dingen offene und den Eltern zugewandte Gestaltungsaufgabe, die dem Verfassungsauftrag für eine kindgerechte und partnerschaftliche Bildungspolitik mit den Eltern und Familien gerecht wird.

Sicherlich werden Sie uns Antworten vermitteln zu unserem Bedürfnis nach Klärung der „Baustellen“: Ausfallsstunden, Lehrerversorgung, Grundschulpflicht, Gymnasium G8, Kooperation von Kindergarten und Schule und die neue Werkrealschule“ schrieb Uto R. Bonde der neuen Ministerin.

Schule mit Zukunft: Wir begrüßen Frau Schick als neue Kultusministerin, wünschen ihr eine Bewältigung ihrer Aufgaben mit „Kopf, Herz und Hand“ und



Aktuelles - Aktuelles - Aktuelles - Aktuelles

Aus dem Familienalltag
Persönlich erlebt....

Strom aus der Steckdose – ein Wintermärchen

Die Kälte hat uns alle im eisigen Griff. Und wem das nicht reicht, dem hilft unser heimatlicher Energieversorger, die ENBW, noch etwas nach. Mit einer Stromsperre. Wie das geht? Ganz einfach!

Nehmen wir an da gibt es eine fünfköpfige Familie; Papa, Mama und drei Kinder im Alter zwischen ein bis sieben Jahren und die lebt auch noch von Hartz IV; für Kinderreiche und Alleinstehende auch im Musterländle beileibe keine Seltenheit mehr... Und nehmen wir ferner an, sie lebt in einem Ballungsraum wie Karlsruhe. Mühsam kratzt sie sage und schreibe monatlich 1140 € für Miete und Nebenkosten zusammen; das Öl für die Heizung zahlt sie extra. Weil der Vermieter nicht bereit ist, die zwei antiquierten Warmwasserboiler gegen funktionstüchtige auszutauschen, entfallen allein 153 € Abschlag auf den elektrischen Strom, Und so bleiben schlussendlich der Familie noch ganze 558 € im Monat zum Leben; etwa 3,72 € pro Kopf und Tag! Trotz der äußerst sparsamen Lebensweise häuft die Familie so ein monatliches Schuldensaldo von ca. 200 € auf. Ihr Pech, dass Sie die aufgelaufenen Zahlungsrückstände von knapp 750 € beim besten Willen nicht auch noch per Ratenzahlung abbauen kann. Die Familie schildert dem Energieriesen telefonisch und schriftlich ausführlich und in aller Offenheit die Misere; sie will ja zahlen – aber ein Geldscheißer ist halt noch nicht erfunden.

Und prompt droht ihr die Energieversorgung Baden-Württemberg (streng nach Vorschrift) damit, den Strom abzustellen. Obgleich also die laufenden Abschlagszahlungen bedient werden, wird die Familie in den Schwitzkasten genommen. Und der Kundenservice setzt noch eins drauf: Ungerührt wird empfohlen, doch einen Kredit aufzunehmen, das wäre das Beste. Unmittelbar vor dem befürchteten black-out, sozusagen in höchster Not, erklärt sich die Arbeitsagentur bereit, einen Teil der Mehrkosten zu übernehmen; bei späterer Rückzahlung versteht sich. Und so addieren sich die Schulden – von Monat zu Monat werden es mehr. Die Spirale der Abhängigkeit vom Tropf dreht sich immer schneller. Tja, wenn unsere Mehrkind-Familie denselben Status wie eine systemrelevante Bank hätte, dann...

Manfred Thumm; DFV-Mitglied

Seminare und Bildungsreisen 2010 der Landeszentrale für politische Bildung

Das Programm für 2010 mit Seminaren und Bildungsreisen der Landeszentrale für politische Bildung kann ab sofort kostenlos angefordert werden. Die Angebote bieten auch dieses Jahr eine bunte Vielfalt interessanter Veranstaltungen und Reisen rund um die Themen Kultur, Bildung, Geschichte und Politik. Die 56 ein- oder mehrtägigen Seminare befassen sich mit Themen wie Finanzkrise und Globalisierung oder der Geschichte Stuttgarts. Die 14 Bildungsreisen führen unter anderem zu Zielen wie dem Europäischen Parlament in Straßburg, in die Hauptstadt Berlin oder in ferne Länder wie Kambodscha oder Tansania.

Die Programmhefte sind kostenlos zu beziehen über die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (LpB), Stafflenbergstr. 38, 70184 Stuttgart, Fax 0711.164099-77, E-Mail: marketing@lpb.bwl.de, Internet: www.lpb-bw.de/publikationen.html.

Arbeitskreis Gesamtelternbeiräte

„Die Achtung der Rechte der Kinder ist ein Maßstab für die Kultur einer Gesellschaft „ Richard von Weizsäcker

Kinder sind eigenständige Persönlichkeiten, die Kernst genommen und respektiert werden müssen. Insbesondere das Recht auf Beteiligung, bei Entscheidungen, die sie betreffen, das Recht auf Gleichbehandlung und Schutz vor Diskriminierung und das Recht auf Bildung und Ausbildung betreffen unser Schulsystem. Wie diese Rechte im gesellschaftlichen System Schule praktiziert und gelebt werden können, darüber wollen wir mit Ihnen und unseren Referenten diskutieren.

Frühjahrsveranstaltung mit Mitgliederversammlung
Samstag, den 27. März 2010, 10.15 bis 16.00 Uhr an der PH Ludwigsburg, Reutteallee 46

Eingeladen sind neben den Elternbeiratsvorsitzenden alle interessierten Elternbeiräte und Eltern.

Anschrift: Waltraud Berndt-Mohr (stv. Vorsitzende)
Email: Waltraud-Berndt.Mohr@ak-geb-bawue.de
Fax : 01212-5-621-06-875

Rückfragen unter: 07473 – 22883 (Waltraud Berndt-Mohr)

Medien

Gibt es Schutz vor Rufmord im Internet?

Ein peinlicher Schnappschuss, Bildmontagen, gefälschte Profile: Täglich werden Menschen über Online-Portale, Chatrooms und Handys an den öffentlichen Pranger gestellt. Massenhaftes Cyber-Mobbing und deren Beleidigungen verbreiten sich im Internet wie ein Lauffeuer und lösen bei den Betroffenen Angst und nicht selten Selbstmord-Gedanken aus. Die Mobber selbst sehen ihren Psychoterror als harmlosen Online-Streich.

In Deutschland sind vor allem Schüler und Lehrer von Cyber-Mobbing betroffen. Laut einer Umfrage der Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft werden 8 Prozent der Lehrkräfte und 25 Prozent aller Gymnasiasten schikaniert.

Die Zahl der Nutzer von sozialen Online-Netzwerken wie Facebook, MySpace, StudiVZ wird bis 2012 um das Doppelte ansteigen. Dann sollen sich laut EU-Kommission 110 Millionen Europäer per Web 2.0 mit dem Rest der Welt austauschen. Doch die Vorteile der interaktiven Vernetzung schlagen immer öfter ins Negative um. Wenn Gerüchte bewusst gestreut werden, Hass-E-mails kursieren und regelrechte Hetzkampagnen gegen Einzelne geführt werden, ist die Grenze der Kommunikationsfreiheit überschritten. Um die rechtlichen Konsequenzen zu verhindern, sollten Eltern das Thema Cyber-Mobbing auch zu Hause ansprechen und die Internetgewohnheiten ihres Kindes beobachten. Bereits 42 Prozent aller Sechsjährigen nutzen laut EU Kommission das Internet. Unter den Elfjährigen surfen 80 Prozent im Web. Mütter und Väter sollten von Anfang an Interesse dafür zeigen, wofür die Jugendlichen den Computer nutzen. Im Teenageralter sind Erwachsene oft nicht mehr die erste Ansprechperson. An manchen Schulen gibt es deshalb so genannte Peer-Mediatoren. Hier haben die Kinder die Möglichkeit, sich Gleichaltrigen anzuvertrauen und über ihre Erfahrungen zu sprechen. Das von der EU-Kommission initiierte „Safer Internet Programm“ soll für virtuelle Gefahren wie das Cyber-Mobbing sensibilisieren und Opfern zeigen, wie sie sich gegen Angriffe wehren können.

Private Versicherer haben vereinzelt bereits in ihrem Rechtsschutzangebot den Beistand aufgenommen wie Unterlassungsansprüche durchgesetzt werden können.

Baden-Württemberger schauen wenig Fernsehen

Nirgendwo in Deutschland schauen die Menschen so wenig Fernsehen wie im Süden: 191 Minuten sitzt der durchschnittliche Baden-Württemberger täglich vor der Glotze, die Bayern kommen auf 186 Minuten, wie das Marktforschungsunternehmen media control in Baden-Baden mitteilte.

Für das gesamte Bundesgebiet ermittelte media control 212 Minuten täglichen Fernsehkonsum für das Jahr 2009 (Menschen ab drei Jahren) - fünf Minuten mehr als im Vorjahr. Die Brandenburger sind die eifrigsten Fernsehzuschauer der Nation. 262 Minuten pro Tag schauten die Menschen in dem nordöstlichen Bundesland im vergangenen Jahr im Schnitt fern.



**Sind Familien Ihre Zielgruppe?
Dann wäre vielleicht eine
Anzeige hier das Richtige!**

Infos anfordern! Fon: 0761 - 470 27 95



Neues aus den Kreis- und Ortsverbänden

OV HERBOLZHEIM

Am 6. Dezember 2009 fand die Weihnachtsfeier des OV Freiamt statt, an der auch einige der Mitglieder des OV Herbolzheim teilnahmen. Mit Begeisterung wurden gemeinsam Weihnachtslieder gesungen und den Vorträgen der Kinder gelauscht, die Gedichte vortrugen und auf ihren Instrumenten vorspielten. Nachdem wir uns bei Kaffee und Kuchen gestärkt hatten, brachte eine Märchenerzählerin einige Märchen zu Gehör, die Groß und Klein verzauberte. Den Initiatoren/innen aus dem OV Freiamt gilt unser Dank für diese gelungene Austauschmöglichkeit, die zu weiteren gemeinsamen Aktionen anregt!

Für den Stand bei der Feier der Stadt Herbolzheim (02.-04.07.2010) suchen wir noch eifrige HelferInnen. Bitte bei Silke Vetter (Adresse Rückseite) melden.

Melitta Cocan

Der Landesvorstand Baden- Württemberg zeichnete Dagmar Holzer und Rosi Köstel mit der Dr. Siekmann Medaille in Bronze für ihre treue und verlässliche Mitarbeit im DFV aus. Landesvorstandsmitglied Anette Gezer überbrachte die Ehrung und die anerkennenden Grüße und das Lob des Landesvorstandes.



Dagmar Holzer (rechts im Bild) wurde vom OV Freiamt zur Ehrung vorgeschlagen; sie war 15 Jahre lang Rechnerin im OV Freiamt. Sie führte ihr Amt mit großem Engagement und Sachverstand aus. Ihr gilt ein besonderer Dank, da unter ihrer „Bankfachberatung“ das Guthaben des OV Freiamt vermehrt werden konnte.

Ebenfalls vom OV Freiamt zur Ehrung vorgeschlagen wurde Rosi Köstel (links im Bild). Über 11 Jahre half sie zu Weihnachten die Kindertheaterstücke einzustudieren, eine wahrlich nicht einfache aber erfolgreiche Aufgabe, die sie mit viel leidenschaftlichem Einsatz ausgeführt hat. Darüber hinaus war Rosi Köstel in 12 Jahren als Beisitzerin im Ortsverband und im Kreisverband eine verlässliche Mitarbeiterin.

OV FREIAMT

Bei einer Umfrage unter unseren Mitgliederfamilien kamen einige Ideen für die Andersgestaltung unserer Weihnachtsfeier zusammen. Danke an alle, die sich geäußert haben.

Favorit war eine gemütliche Kaffeerunde mit kleinen weihnachtlichen Beiträgen: Kinder trugen Gedichte vor und spielten auf ihren Instrumenten Weihnachtslieder, die Besucher sangen fröhlich mit. Die Märchenerzählerin Sigrid Voigt verstand es bestens groß und klein mit ins Märchenland zu nehmen.

Unser Familien-Spielenachmittag, in Kooperation mit der Bücherei im Kurhaus, darf als gelungen angesehen werden. Nachdem Grundschüler aus ihren Lieblingsbüchern lebhaft vorgelesen hatten, wurden die Spieltische beschlagnahmt. Bei meist neuen Spielen – dankenswerterweise ausgeliehen von Spielspirale Emmendingen – waren Kombinationsfähigkeit, Taktik, Schnelligkeit und Konzentration gefragt. Kinder und Eltern ließen sich vom Spielefieber der Organisatoren anstecken und hatten viel Spaß.

Unser Hüttenwochenende findet statt vom 23. bis 25. April 2010, im Haus Benedikt in Nordrach. In dem umgebauten Bauernhof ist Platz für 50 Personen. Wir hoffen, dass viele Familien diese Tage als „Auszeit“ mit uns nutzen, um gemeinsam zu spielen, zu singen, zu wandern und zu kochen. Herzliche Einladung. Anmeldung bitte bei Familie Böcherer, Tel. 1499.

Unsere Jahreshauptversammlung wird am Freitag, 9. April 2010 um 20.00 Uhr im Gasthof „Heidhof“ stattfinden.

Heidi Reinbold

OV KONSTANZ

Spiel- und Basteltag

Der DFV OV – Konstanz und das Kinderkulturzentrum (Kikuz) veranstalteten am Samstag, 28. November, 11 bis 16 Uhr, einen Spiel- und Basteltag im Kikuz, Rebbergstraße 34. Die Eltern hatten die Möglichkeit, gemeinsam mit ihren Kindern zu werkeln, Geschenke zu basteln und zu spielen. An den Werkttischen warteten Holzarbeiten, Glasritzen, Kerzen bearbeiten, Malaktionen, Schmuck basteln und mehr. Es gab heiße Würstchen, Kuchen und Waffeln für alle Kinder und Eltern.



KV EMMENDINGEN

Spiel- und Lesetag in der Bücherei FREIAMT

Zum bundesweiten Vorlesetag veranstalten DFV OV Freiamt und die Gläserne Bücherei am Sonntag, 15. November, im Kurhaus Freiamt einen Lese- und Spielenachmittag. Im großen Festsaal werden Spielstationen eingerichtet. 14 neue Spiele, die von der Spielespirale Emmendingen zur Verfügung gestellt wurden, warten auf Mitspieler. Von 14.30 Uhr an wird dann im Lese- und Besprechungszimmer gelesen. Die "Leseratten der Gläsernen Bücherei" haben sich aus verschiedenen Kinderbüchern Passagen ausgesucht, die sie vorlesen möchten. Wie schon in den vergangenen Jahren werden die Kinder die Wandertrophäe "Leseratte" für ein Jahr von Bürgermeisterin Hannelore Reinbold-Mench bekommen. Im Foyer des Kurhauses können Schnäppchenjäger in der Büchertauschbörse zuschlagen. Ebenfalls im Foyer werden "Wunschbücher" für die Bücherei vorgestellt.

Heidi Reinbold

Termine

LANDESVERBANDSTAG 2010

Samstag, 24. und Sonntag, 25. April 2010 im Hotel Jägerhaus, Titisee-Neustadt, weitere Infos auf Seite 3

OV RADOLFZELL

20.03.2010 Kleider- und Spielzeugmarkt.
13.45 - 15.45 h Neuer Standort: Tagungs- und Kulturzentrum Milchwerk (TKM)
Einlass für Schwangere (mit Mutterpass)! ab 13.30 Uhr.
Nummernvergabe für den Kommissionsverkauf und Infos nur am 12.03. unter
Tel.: 07732/58899 Frau Sugg und
Tel.: 07732/56857 Frau Schmid

OV FREIAMT

23.-25.04.2010 Hüttenwochenende im Haus Benedikt in Nordrach.

11.06.2010 Kreisverbandstag. Weitere Infos bei Heidi Reinbold.

Impressum

Die FAMILIENNACHRICHTEN erscheinen dreimal im Jahr und sind im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Herausgeber: Deutscher Familienverband Landesverband Baden-Württemberg e.V.

St. Georgener Str. 10, 79111 Freiburg
Tel. 0761/470 27 95, Fax 151 78 30
post@dfv-baden-wuerttemberg.de
www.dfv-baden-wuerttemberg.de

Redaktion: Uto R. Bonde

Bankverbindung: Volksbank Freiburg, BLZ 680 900 00, Kto 15 967 609. Der DFV ist als gemeinnützig anerkannt.
Spenden und Mitgliedsbeiträge sind steuerlich absetzbar.

Produktion: Die MarketingMacher, Freiburg (Satz & Layout); Franz Weis GmbH, Freiburg (Druck)

Die nächsten FAMILIENNACHRICHTEN erscheinen am 20. Juli 2010.
Redaktionsschluss ist am 09. Juli 2010.

OV HERBOLZHEIM

26.03.2010 Jahreshauptversammlung im
20 Uhr Gasthaus Schützen

02.-04.07.2010 Feier der Stadt Herbolzheim zur
Verleihung der Stadtrechte. Wir sind
mit einem Stand vertreten.
Tischreservierung für Selbstverkäufer
am Freitag, dem 12.03.2010 unter
Tel.: 07732/2194 Frau Schuhwerk

Kreis- und Ortsverbände des Deutschen Familienverbandes Baden-Württemberg e.V.

KV Böblingen e.V.

Vorsitzender: Gunter Reimann
71277 Rutesheim, Hegelstr. 22
Tel. 07152 - 5 37 39
Gunter.Reimann@t-online.de

KV Breisgau e.V.

Vorsitzender: Martin Sarcoli
79114 Freiburg, Heckerstr. 29a
Tel. 0761 - 888 97 07 (AB)
info@dfv-breisgau.de

KV Emmendingen e.V.

Vorsitzender: Peter Köstel
79348 Freiamt, Lärchenweg 7/1
Tel. 07645 - 18 18
kreisverband@dfv-kreis-emmendingen.de

KV Esslingen e.V.

Vorsitzende: Vera Morlok-Gommel
73274 Notzingen, Neuffenstr. 14
Tel. 07021 - 4 75 25
mo-gommel@t-online.de

OV Freiamt e.V.

Vorsitzende: Heidi Reinbold
79348 Freiamt, Unterer Schutzhof 7
Tel. 07645 - 14 44, Fax 07645 - 14 44
freiamt@dfv-kreis-emmendingen.de

OV Herbolzheim e.V.

Vorsitzende: Silke Vetter
79341 Nordweil, Kammerhalden 2
Tel. 07644 - 92 96 67
herbolzheim@dfv-kreis-emmendingen.de

KV Konstanz e.V.

Vorsitzender: Herbert Bruttel
78315 Radolfzell, Scheffelstr. 18
Tel. 07732 - 70 31, Fax 07732 - 1 31 81
Herbert.Bruttel@t-online.de

OV Konstanz e.V.

Vorsitzende: Sabine Geistler
78467 Konstanz, Thomas-Sättele-Str. 39
Tel. 07531 - 18 94 76, Fax 07531 - 13 26 26
Sabine.Geistler@D-Angelo.de

OV Radolfzell e.V.

Vorsitzende: Karin Vögele
78315 Radolfzell, Mettnastr. 7
Tel. 07732 - 822 85 14
k.voegele@manz-immo.com

RV Rhein-Neckar-Odenwald e.V.

Vorsitzende: Silke Wanitschke
74939 Zuzenhausen, Leiergasse 6
Tel. 06226 - 99 17 26
Mue_ke@t-online.de

Friedrichshafen

Kontaktadresse: Sylvia Hiß-Petrowitz
88045 Friedrichshafen, Eugenstr. 41
Tel. 07541 - 40 11 16, Fax 07541 - 4 44 57
hiss-petrowitz@gmx.de

Raum Stuttgart-Neckar

Kontakt über die Landesgeschäftsstelle
79111 Freiburg, St. Georgener Str. 10
Tel. 0761 - 470 27 95, Fax 0761 - 151 78 30
post@dfv-baden-wuerttemberg.de

DFV Landesverband e.V.

Vorsitzender: Uto R. Bonde
79111 Freiburg, St. Georgener Str. 10
Tel. 0761 - 470 27 95, Fax 0761 - 151 78 30
post@dfv-baden-wuerttemberg.de
www.dfv-baden-wuerttemberg.de

DFV Bundesverband e.V.

10117 Berlin, Luisenstr. 48
Tel. 030 - 30 88 29 60, Fax 030 - 30 88 29 61
zentrale@deutscher-familienverband.de
www.deutscher-familienverband.de

Aufnahmeantrag

Wir werden Mitglied im Deutschen Familienverband e.V. (DFV)



Deutscher
Familien-
Verband

Landesverband Baden-Württemberg e.V.

Vorname Name Geb.-Datum Beruf

Vorname Partner/in Name Geb.-Datum Beruf

Kinder (Geburtsjahr)

Straße Plz Ort

Telefon Fax Email

Der jährliche Familienmitgliedsbetrag von _____ Euro (z.Zt. mind. 48,- Euro) beinhaltet die kostenfreie Zusendung der Mitgliederzeitschriften (FAMILIENNACHRICHTEN und DFV-Familie) und wird zum Jahresanfang per Lastschrift eingezogen. Hierfür erteile ich folgende Lastschrifteinzugsermächtigung:

Kontoinhaber Kontonummer Geldinstitut BLZ

Datum Unterschrift